Mit europäischen Antworten auf die Corona-Krise den Zusammenhalt in der EU stärken

Grüne Vorschläge für den europäischen Binnenmarkt

Disclaimer: Die Corona-Krise erfordert Antworten in vielen verschiedenen Politikbereichen, von Gesundheits- und Sozialpolitik, von Agrar- bis Finanzpolitik. Dieses Papier fokussiert sich auf das Funktionieren des EU-Binnenmarkts in der Krise.

Europaweit steigt die Anzahl der mit dem Coronavirus infizierten Menschen täglich. Politisch oberste Priorität müssen daher zielgerichtete Maßnahmen haben, um die Zunahme an Infektionen zu verlangsamen, um Risikogruppen zu schützen und die Überlastung der Gesundheitssysteme zu verhindern - und zwar europaweit. Mit Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und einem funktionierenden Binnenmarkt kann die Versorgung der Menschen sichergestellt und Hilfe da garantiert werden, wo sie am nötigsten gebraucht wird.

In der Situation der Krise entscheidet sich, ob Europa solidarisch zusammensteht. Die Europäische Union kann jetzt zeigen, dass sie besser in der Lage ist, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern, als wenn jeder allein für sich handelt. Denn so wenig ein Virus an mitgliedstaatlichen Grenzen Halt macht, so wenig können einzelne mitgliedstaatliche Maßnahmen dieser europäischen und globalen Ausnahmesituation Herr werden. Statt eines reflexhaften Rückfalls in nationalstaatliches Denken und Handeln, müssen wir uns auf bestehende gemeinsame Regeln und Lösungsansätze besinnen, sie der Lage angepasst weiterentwickeln und den Mehrwert des gemeinsamen Vorgehens nutzen.

Der Binnenmarkt ist dabei ein zentrales Instrument, europäische Lösungen gemeinsam effizient umzusetzen und Solidarität zu zeigen. Während ein Mitgliedstaat im Bereich der Produktion medizinischer oder pharmazeutischer Produkte stark aufgestellt ist, verlässt sich ein anderer Staat auf Importe aus dem europäischen Nachbarland. Der Mehrwert des gemeinsamen Marktes ist, dass die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern gesichert und die Unabhängigkeit der EU besonders in Krisenzeiten garantiert wird. Gerade wenn europäische Solidarität gefragt ist, darf die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes daher nicht ausgehebelt, sondern muss der Lage angepasst werden.

Leider folgten die ersten Reaktionen einiger Mitgliedstaaten nicht der Grundüberzeugung, dass der Binnenmarkt und ein europäisch abgestimmtes gemeinsames Vorgehen einen Mehrwert für alle bringen. Wenn mehrere Länder die Ausfuhr von lebensrettenden medizinischen Gütern wie Atemschutzmasken, Schutzkleidung oder Handschuhe einschränken, endet europäische Solidarität da, wo sie am nötigsten ist. Wenn Beitrittskandidaten wie Serbien solidarische Hilfe von EU-Staaten versagt wird, dann schwächt dies das Vertrauen in den europäischen Erweiterungsprozess.

Auch die teilweisen oder vollständigen Grenzschließungen einiger Mitgliedstaaten tragen nicht dazu bei, dass das Coronavirus wirksam bekämpft wird. Es steckten zigtausende Mitbürger*innen aus den baltischen Staaten an der polnisch-deutschen Grenze fest und der freie Warenverkehr ist in Gefahr. Auch wenn vorübergehende Grenzkontrollen im Schengenraum aufgrund von öffentlicher Gesundheit legal sind, sind mittlerweile leider alle Mitgliedstaaten vom Virus betroffen. Insofern ist der Versuch, das Virus „draußen“ zu halten im gemeinsamen Europa keine erfolgversprechende

Maßnahme. Stattdessen müssen wir mit europäischen Antworten auf die Corona-Krise den Zusammenhalt in der EU stärken.

Grüne Vorschläge für den europäischen Binnenmarkt

1. **Eine europäische Strategie zur koordinierten Produktion, Vorratsbeschaffung und Verteilung von medizinischer Ausrüstung:** Innereuropäisch darf der Handel mit medizinischen Gütern nicht eingeschränkt werden. Stattdessen muss der Fokus auf der gezielten und koordinierten Förderung von Kapazitäten auf dem europäischen Markt liegen, sodass im Krisenfall gegenseitige Unterstützung garantiert werden kann. Dazu wäre eine europaweite Datenbank sinnvoll, die den Bedarf von medizinischen Gütern in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten erfasst. Es ist zu begrüßen, dass europäische Standards für die Produktion Masken, Handschuhen und anderen Produkten frei verfügbar gemacht werden. Es braucht weitere Anreize, um Unternehmen zur Produktion dieser Güter zu bringen. Die EU sollte die gemeinsame Beschaffung von für die Bekämpfung der Krise medizinischen Produkten ausweiten und bei hohen Standards und Transparenz Flexibilität für schnelle Beschaffungsverfahren ermöglichen. Dringend benötigte medizinische Güter, wie Schutzmasken, Beatmungsgeräte, Tests etc. müssen gemeinsam beschafft und so verteilt werden, dass alle Mitgliedstaaten in der EU entsprechend ihrer Notlage bedacht werden. Langfristig muss durch regulatorische Maßnahmen und Anreize dafür gesorgt werden, dass lebenswichtige Arzneimittel europäisch produziert werden.

2. **Kapazitäten gemeinsam verwalten, damit alle gut versorgt sind**: Besonders in Grenzregionen gibt es viele positive Beispiele für unbürokratische Hilfe europäischer Nachbarregionen in der Intensivversorgung, beispielsweise wenn das Saarland Patient*innen aus der französischen Nachbarregion versorgt, deren Gesundheitssystem bereits stark strapaziert ist. Diese Initiativen brauchen Unterstützung und europäische Koordinierung. Damit freie Kapazitäten zum Wohl der Menschen in Europa genutzt werden können, wäre auf europäischer Ebene ein Meldesystem für freie Betten und freie Beatmungsgeräte sinnvoll. Aus der ad hoc Koordinierung der Coronakrise müssen Lehren gezogen werden, um perspektivisch Kapazitäten und Ressourcen in Krisen- und Katastrophenzeiten zu teilen.

3. **Den freien Warenverkehr auch in Zeiten von Grenzkontrollen sicherstellen**: Pauschale Grenzschließungen und Passkontrollen sind keine zielführenden Maßnahmen, um das Virus einzudämmen. Gesundheitschecks an den Grenzen sollten zeitlich begrenzt sein, nichtdiskriminierend sowie so effizient wie möglich durchgeführt werden. Menschen müssen von ihrem Arbeitsort nach Hause reisen können, insbesondere im Transit durch einen dritten Mitgliedstaat. Grenzpendler*innen, die aktuell an der sächsisch-tschechischen Grenze gerade nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen können, sollten weiterhin unbürokratisch die Grenze passieren können. Der freie Warenverkehr muss ungehindert weiterrollen – denn Lebensmittel und andere wichtige Güter müssen an ihrem Bestimmungsort ankommen. Hierfür braucht es die schnelle Abfertigung von Güterverkehr, den Austausch von Best Practices und die Schulung von Gesundheitspersonal, sodass keine Menschentrauben und Staus entstehen.

4. **Kapazitäten aufbauen, um international helfen zu können**: Durch Aufbau von Kapazitäten auf dem Binnenmarkt wird nicht nur die Unabhängigkeit und Versorgung innerhalb der EU gewährleistet, sondern auch weltweite Solidarität ermöglicht. Schon jetzt schlagen UN-Organisationen Alarm über die weitere Verbreitung des Virus, beispielsweise in Afrika oder in unserer unmittelbaren Nachbarschaft auf dem Balkan. Angesichts einer globalen Herausforderung, wie der Eindämmung des Virus, steht die EU in der Verpflichtung, Hilfe zu gewährleisten, beispielsweise durch die Lieferung von medizinischen Gütern. Die aktuellen EU-Exportrestriktionen in Drittländer bringen viele Nachteile: Sie unterbrechen Lieferketten, bieten Anreize für andere Länder ebenfalls ihre Exporte einzuschränken und schaden insbesondere den ärmsten Entwicklungsländern.

Anna Cavazzini, Sven Giegold, Henrike Hahn, Sergey Lagodinsky und Terry Reintke

Leitungsteam der Europagruppe Bündnis 90/Die Grünen